

## »» Gestärkt aus der Corona-Krise – fünf Handlungsfelder für eine nachhaltige Transformation

26. August 2021

Autorin: Dr. Fritzi Köhler-Geib, Telefon 069-7431-2931, fritzi.koehler@kfw.de  
KfW Research, Telefon 069 7431-9888, research@kfw.de

### Motivation

Trotz aktuell wieder steigender Inzidenzen machen die Impfungen und die risikoorientierte Rücknahme der Eindämmungsmaßnahmen Hoffnung, dass Deutschland die Corona-Pandemie in absehbarer Zeit in den Griff bekommt. Damit drängen die Fragen nach dem „Danach“ stärker in den Vordergrund. Zudem hat die Pandemie gnadenlos Schwachstellen in unserer Wirtschaft und ihren Rahmenbedingungen offengelegt. Gleichzeitig können wir die Dimension der Herausforderung der Transformation zu einer resilienten, digitalen und klimaneutralen Wirtschaft besser einschätzen. Die Notwendigkeit eines Umsteuerns wird immer dringlicher, um Deutschland zukunftsfest aufzustellen. Den größten Bedarf sehen wir dabei in fünf zentralen Handlungsfeldern: Krisenfestigkeit, Klimaneutralität, Digitalisierung, Globalisierung und Europa.

Die Corona-Krise hat die Dringlichkeit, Fortschritte bei der Transformation zu erzielen, erhöht und sie gleichzeitig erschwert. Die starken wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise, wie beispielsweise die gestiegene Verschuldung des Unternehmenssektors und des Staats, erhöhen die Bedeutung neue Wachstumsfelder, die vor allem aus der Digitalisierung und der Transformation zur Klimaneutralität resultieren können, zu erschließen. Die kürzlich aufgetretene Flutkatastrophe hat die Dringlichkeit der Klimaherausforderung auch hier zu Lande schmerzlich unterstrichen. Das Gelingen der wirtschaftlichen Transformation ist aber auch aufgrund der Corona-Pandemie schwieriger geworden. So geraten die Unternehmen und auch der Staat gerade wegen der höheren Verschuldung verstärkt in einen Zielkonflikt zwischen finanzieller Resilienz einerseits und zukunftsgerichteten Investitionen andererseits.

Ein gezieltes Vorgehen ist erforderlich, um das Momentum der Krisenbewältigung für das Umsteuern hin zu einer nachhaltigen Erholung zu nutzen. Ziel dieses Papiers ist es, konkrete Ansatzpunkte für Lösungen innerhalb der identifizierten Handlungsfelder aufzuzeigen, die ein solches Umsteuern ermöglichen und die Transformation zu einer resilienten, digitalen und klimaneutralen Wirtschaft vorantreiben.

### 1. Die Corona-Krise als Katalysator für eine nachhaltige Transformation

**Die Corona-Krise traf Deutschland und die Welt Anfang 2020 unerwartet und heftig, rasches und entschiedenes staatliches Handeln hat ihre Auswirkungen abgefedert.** Die Pandemieeindämmung stand immer im Wechselspiel von Gesundheitsschutz und Erhalt der wirtschaftlichen und sozialen Belange. Maßnahmen wie das Kurzarbeitergeld und die Unternehmenshilfen in Form von Zuschüssen und Krediten haben wertvolle Produktionskapazitäten erhalten, sodass es nach der erfolgreichen Eindämmung der ersten Pandemiewelle bereits zu einer dynamischen Aufholbewegung im Sommer 2020 kommen konnte. Im Jahresdurchschnitt 2020 ist das Bruttoinlandsprodukt letztendlich „nur“ um 4,6 % geschrumpft, womit Deutschland besser dasteht als die meisten anderen G7-Volkswirtschaften.

**Mit den Fortschritten bei der Impfkampagne gibt es Hoffnung auf eine nachhaltige Überwindung des konjunkturellen Einbruchs.** Die Öffnungen in vielen Dienstleistungsbereichen und der teilweise Abbau der aufgestauten Ersparnis geben derzeit Schwung. Der Schub aus der Industrie aufgrund der globalen Erholung der Nachfrage ist allerdings aufgrund von Engpässen bei Rohstoffen und Vorprodukten gedämpft, diese werden sich bis ins nächste Jahr hinein jedoch zumindest teilweise abmildern. Das deutsche BIP wird im Gesamtjahr 2021 um voraussichtlich rund 3 % wachsen und so schon vor Jahresende das Vorkrisenniveau wieder überschreiten. Risiken bleiben jedoch bestehen, durch das inzwischen nur noch schleppende Impftempo in Deutschland, die Delta-Variante und vor allem durch die permanenten Mutationen des Coronavirus. Denn die Pandemie wird insbesondere in den Entwicklungs- und Schwellenländern noch lange andauern. Eine absolute Priorität für die Weltgemeinschaft muss es daher sein, die globalen Produktionskapazitäten für die effektivsten Impfstoffe zu erhöhen.

**Nun kommt es darauf an, den Umstieg von akuten Krisenhilfen hin zur Unterstützung der Transformation zu einer resilienten, digitalen und klimaneutralen Wirtschaft zu schaffen und zu gestalten.** Wegen der weiterhin hohen Unsicherheit über den Fortgang der Pandemie, insbesondere der Rolle von Virusvarianten, gibt es Argumente für eine selektive Weiterführung von gezielten Hilfen gefolgt von einem graduellen Ausstieg. Die Krise hat aber auch bestehende strukturelle Schwachstellen deutlich hervorgehoben und in vielen Unternehmen einen Veränderungsprozess ausgelöst oder verstärkt. Darauf muss aufgesetzt werden, um die notwendige Transformation zu einer resilienten, digitalen und klimaneutralen Wirtschaft anzugehen und mit geeigneten Maßnahmen, Rahmenbedingungen und Anreizen zu unterstützen und damit die Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und den Standort Deutschland zukunftsfähig zu machen. Dies ist auch für die langfristigen Beschäftigungsperspektiven entscheidend und erfordert gleichzeitig, dass es genügend Fachkräfte mit den passenden Fähigkeiten gibt. Der Strukturwandel erfordert Veränderungen für die Beschäftigten. Der Erwerb erforderlicher Qualifikationen sowie lebenslanges Lernen sind dabei essenziell.

## **2. Fünf Handlungsfelder für eine nachhaltige Transformation**

**Um gestärkt aus der Krise hervorzugehen und sie als Katalysator für eine nachhaltige Transformation zu nutzen, wurden von KfW Research im Juni 2020 fünf zentrale Handlungsfelder identifiziert:**

1. Krisenfestigkeit stärken, 2. Klimaneutralität der Wirtschaft vorantreiben, 3. Erfindergeist und Digitalisierungsschub in Produktivitätssteigerungen übersetzen, 4. Vorteile internationaler Vernetzung weiterhin nutzen und Nationalisierung von Wertschöpfungsketten vermeiden sowie 5. Europa stärken.

**Die relevanten Stellschrauben liegen nach wie vor in diesen fünf Handlungsfeldern. Allerdings haben die letzten Monate neue Erkenntnisse gebracht, was für eine nachhaltige Erholung passieren muss.** So zeichnet sich ab, dass ein Vorankommen in einigen Handlungsfeldern mehr Anstrengungen erfordern wird, als noch im Juni 2020 erwartet. Beispielsweise zeigen die aktuellen Studienergebnisse von KfW Research, dass der Digitalisierungsschub durch Corona weniger stark war als erhofft und zusätzliche Anstrengungen zur Verstetigung erfordern wird. Der aktuelle Bericht des Weltklimarates (IPCC, Intergovernmental Panel on Climate Change) prognostiziert einen schnelleren globalen Temperaturanstieg als bislang erwartet und macht nochmals die erhöhte Dringlichkeit klimapolitischen Gegensteuerns deutlich. Zudem zeichnen sich inhaltliche Verschiebungen ab: Während die Nationalisierung von Wertschöpfungsketten inzwischen weniger wahrscheinlich erscheint, rückt für die Unternehmen eine stärkere Diversifizierung von Zulieferern und Absatzmärkten in den Vordergrund. Im Folgenden werden die neu gewonnenen Erkenntnisse skizziert und die Ansatzpunkte in den Handlungsfeldern konkretisiert, die nötig sind, um eine nachhaltige Erholung voranzutreiben und zu gestalten.

### **2.1 Krisenfestigkeit stärken**

**Seit Beginn der Corona-Krise hat sich gezeigt: Für die Krisenfestigkeit der deutschen Wirtschaft sind der Unternehmenssektor, der Staat und der Bankensektor entscheidend.** Der Unternehmenssektor steht dabei im Mittelpunkt und ist zudem der Motor für die notwendige Transformation. Dafür braucht er verlässliche und zielführende Rahmenbedingungen. Diese setzt der Staat, dem für Krisenfestigkeit weitere Aufgaben, wie z. B. Gesundheitsvorsorge, zufallen. Damit der Staat auch in zukünftigen Krisen handlungsfähig bleibt, sind solide Staatsfinanzen die Basis. Zusätzlich kann ein gut funktionierendes Finanzsystem Schocks abfedern. Aufgrund des stark bankbasierten Finanzierungssystems in Deutschland und Europa stehen die Banken hier im Mittelpunkt.

#### **2.1.1 Den geschwächten Unternehmenssektor wieder an den Start bringen**

**Die Corona-Krise hat den Unternehmenssektor in der Breite getroffen, allerdings hatte dieser eine solide Ausgangslage.** Mitte Mai 2021 hatten zwar noch immer rund 64 % der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland mit den Folgen der Krise zu kämpfen. Doch die zahlreichen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen wie auch die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen haben geholfen, die Lage nach dem schweren Wirtschaftseinbruch im Frühjahr 2020 zu stabilisieren. Dies war auch wegen der guten Ausgangslage der Unternehmen – bei einer durchschnittlichen Eigenkapitalquote im Mittelstand 2019 von 32 % – möglich, daher wird es wohl nur einen begrenzten Anstieg von Insolvenzen geben.

**Die finanziellen Folgen der Krise können die Investitionstätigkeit dämpfen und den Aufschwung hemmen.** Die Krise hat die Unternehmen finanzielle Reserven gekostet. Rund 24 % der Mittelständler stehen aktuell mit einem geringeren Eigenmittelanteil da als zu Beginn der Pandemie. Dies kann sich dämpfend auf die Investitionstätigkeit der Unternehmen auswirken – aufgrund einer zunächst priorisierten Stärkung der finanziellen Resilienz

oder aufgrund eines bonitätsbedingt erschwerten Fremdkapitalzugangs. Da kleine Unternehmen und vor allem Dienstleistungsunternehmen besonders stark von den Pandemieeindämmungsmaßnahmen betroffen waren, ist die Gefahr einer Investitionszurückhaltung in diesen Segmenten am ausgeprägtesten.

**Dieser Investitionszurückhaltung gilt es entgegenzuwirken, vor allem mit Blick auf die notwendige Transformation zu einer digitalen und klimaneutralen Wirtschaft.** Die Wirtschaftspolitik hat verschiedene Ansatzpunkte, um dies zu gewährleisten. Sie kann versuchen, die Unsicherheit für Geldgeber zu reduzieren oder die Finanzierungskosten für die Unternehmen zu senken. Konkret sind bei Förderkrediten Haftungsfreistellungen und Verbilligungen die relevanten Steuerhebel. Darüber hinaus gilt es auch, für spezielle Unternehmenssegmente wie z. B. junge, innovative Unternehmen die Förderung von alternativen, den Verschuldungsgrad der Unternehmen „schonenden“ Finanzierungsinstrumenten (z. B. Leasing oder Mezzanine-Kapital) sowie die Förderung bedarfsge-rechter Beteiligungsmodelle weiterzuführen bzw. in Betracht zu ziehen.

**Das Gründungsgeschehen ist rückläufig – aber elementar für Krisenfestigkeit und Wettbewerbsfähigkeit.** Junge Selbstständige, die erst kurze Zeit am Markt sind, leiden unter der Corona-Krise besonders stark. Die coronabedingte Belastung von Selbstständigen hat dazu beigetragen, dass 2020 die Gründungstätigkeit in Deutschland zurückgegangen ist. Viele Gründungsinteressierte haben im wirtschaftlich äußerst unsicheren Umfeld erst gar nicht mit einer Gründungsplanung begonnen, manche haben ihre Pläne verworfen, viele haben den Start in die Selbstständigkeit zunächst auf Eis gelegt. Dem insgesamten Rückgang von Gründungen muss entgegengewirkt werden, denn Unternehmensvielfalt bedeutet mehr Wettbewerb und somit einen höheren Effizienzdruck sowie mehr Risikodiversifizierung und eine entsprechend höhere Krisenfestigkeit. Verstärkte Anstrengungen zur gezielten Förderung von Gründungen und Start-ups, wie z. B. verbesserte Kommunikation der Unterstützungsangebote, Berücksichtigung von Sologründungen bei Förderangeboten und die Verringerung gründungshemmender Bürokratie, sind notwendig, beispielsweise schlankere Prozesse durch eine zentrale Anlaufstelle für Selbstständige und alle, die gründen wollen.

**Ein wesentlicher Faktor für zukünftige Krisenresilienz der Unternehmen wird auch die Verfügbarkeit von Fachkräften sein.** Spätestens mit der Rückkehr der Wirtschaftsleistung zum Vorkrisenniveau wird ein Kernproblem wieder in den Vordergrund treten, das in der Krise von akuten Umsatz- und Liquiditätsproblemen überdeckt wurde: die Knappheit gut qualifizierter Fachkräfte. Tatsächlich haben die Fachkräftengpässe im ersten und zweiten Quartal 2021 bereits wieder zugenommen. Ein wichtiger Teil der Fachkräftesicherung ist die weitere Steigerung der Erwerbsbeteiligung. Berufstätige Eltern können vor allem mit den bildungspolitischen Großprojekten Kita-Ausbau und Ganztagschule oder bezahlbaren Betreuungsangeboten in der Familie in ihrer Berufstätigkeit unterstützt werden. Die Erwerbsquoten jenseits von 60 Jahren können durch stärkere Arbeitsanreize im Vorruhestandsalter bzw. die weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters gesteigert werden. Ein weiterer „Stoßdämpfer“ gegen den Fachkräftemangel ist eine qualifizierte Zuwanderung, insbesondere von außerhalb der EU. Als Antwort auf den krisenbedingten Einbruch der Arbeitsmobilität ist vor allem die Sprachförderung zu intensivieren und die Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen (weiter) zu vereinfachen. Ein zentrales Handlungsfeld ist außerdem die berufliche Weiterbildung, mit der sowohl die Erwerbsbeteiligung als auch die Produktivität gesteigert werden können.

### **2.1.2 Rahmenbedingungen in Staats- und Bankensektor krisenfest ausgestalten**

**Der deutsche Staat hat sich insgesamt durch die Krise hindurch handlungsfähig gezeigt und muss nun gleichzeitig die Nachhaltigkeit seiner Staatsfinanzen sichern und die Transformation vorantreiben.** Im Frühjahr 2020 wurden im Rekordtempo umfangreiche Maßnahmenpakete geschnürt und mit fortdauernder Pandemie weiterentwickelt, um das produktive Potenzial der Unternehmen zu bewahren und eine Erholung anzustoßen. Die Bruttostaatsschuld wird deswegen 2021 auf rund 75 % des BIP steigen. Auch wenn sie damit deutlich niedriger ist als nach der Finanzkrise 2008/2009 und nur halb so hoch wie im Durchschnitt der übrigen G7-Länder, ist die Weichenstellung für eine graduelle Konsolidierung wichtig. Während sich die Nutzung des Kurzarbeitergelds mit anziehender Konjunktur automatisch abbauen wird, gilt es das richtige Entzugstempo bei krisenveranlassten Zuschüssen und Krediten zu finden, nachdem das Insolvenzmoratorium bereits ausgelaufen ist. Dies ist ein notwendiger Schritt für den Umstieg von Krisenbewältigung hin zu mehr Strukturwandel. Dazu kommt ein nachhaltiger Abbaupfad bei der Staatsverschuldung, der vorbereitet und mit gefestigtem Aufschwung umgesetzt werden muss. Nur so bleibt der Staatshaushalt langfristig krisenfest und hat einen Puffer für die nächste Krise, die sicher irgendwann kommt. Die deutsche Schuldenbremse sowie der Stabilitäts- und Wachstumspakt der EU unterstützen dies und

setzen mit der Begrenzung der Neuverschuldung Anreize, die Ausgaben effizient zu gestalten. Die konkrete Ausgestaltung der Instrumente, die transformative Investitionen bei Klimaschutz und Digitalisierung gleichzeitig mit der notwendigen Konsolidierung ermöglichen, hat jetzt höchste Priorität, gegebenenfalls kombiniert mit einer behutsamen Reform des nationalen und EU-weiten fiskalischen Regelwerks.

**Damit die konkrete Ausgestaltung der Instrumente gezielt und evidenzbasiert erfolgen kann, müssen einige Wissenslücken dringend geschlossen werden.** Die Formulierung eines Zielbilds einer resilienten, digitalen und grünen Wirtschaft ist eine Grundlage für die Ermittlung der Investitionsbedarfe für die Transformation. Dabei bedarf es ebenfalls einer Abgrenzung der Rolle des Staats und des Markts. Auf dieser Basis lassen sich die Investitionsbedarfe der öffentlichen Hand ermitteln. Des Weiteren ist die Ermittlung von Spielräumen für höhere Investitionen innerhalb der Schuldenbremse nötig, etwa durch die Effizienzsteigerung von Ausgaben oder auch durch Repriorisierung. Dazu sind noch besser verfügbare bzw. tiefer gegliederte Daten über staatliche Ausgaben über das föderale System hinweg grundsätzlich wünschenswert.

**Mehr Resilienz im Rahmen unseres föderalen Systems erfordert eine klarere Arbeitsteilung zwischen den staatlichen Ebenen und ein besseres Ineinandergreifen der jeweiligen Instrumente.** Weniger handlungsfähig als bei den Wirtschaftshilfen erwies sich der Staat bei der Eindämmung der Pandemie selbst. Hier stand die föderale Praxis einer effektiven Krisenbekämpfung teilweise sogar im Weg. Föderalismus baut auf dem Subsidiaritätsprinzip auf. Um dessen Vorteile optimal auszuschöpfen, müssen die staatlichen Kompetenzen jedoch so zugeschnitten werden, dass Aufgaben, Ausgaben sowie deren Finanzierung und Wirkungskreis staatlicher Maßnahmen territorial möglichst gut überlappen und politische Verantwortlichkeiten klar zuzuordnen sind. Hier ist nach der Pandemie eine nüchterne Bestandsaufnahme erforderlich, um im Rahmen der verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zu überprüfen, ob die Verteilung zwischen den administrativen Ebenen noch den heutigen Anforderungen gerecht wird.

**Mit Blick auf die konkreten Aufgaben der Pandemiebekämpfung ergibt sich eine direkte Lehre: Eine Pandemie wirkt per se weit über Kreis- und Bundesländergrenzen hinaus und legt deshalb eine zentral konzeptionierte und koordinierte Reaktion nahe.** Die im April beschlossene Bundesnotbremse kann deshalb eine gute Blaupause für vergleichbare Herausforderungen in Zukunft sein: mit klar konzeptionierten Mindeststandards auf Bundesebene, welche die Länder- und Gemeindeebene an die regionalen und lokalen Besonderheiten anpassen. Notwendig ist zudem ein Schub bei der Digitalisierung, die für einen effizienten Informationsfluss sorgen und essenzielle Fachkompetenzen, insbesondere der Gemeindeebene, umfassend zugänglich machen kann.

**Die deutschen Banken und Sparkassen haben sich im bisherigen Krisenverlauf resilient gezeigt und konnten deshalb einen entscheidenden Beitrag zur Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung leisten.**

Gerade in den ersten Monaten der Pandemie wurden die Unternehmen über bestehende Kreditlinien oder die Vergabe neuer Bankkredite sehr schnell mit dringend benötigter Liquidität versorgt. Bislang zeigen sich dank der umfassenden staatlichen Hilfsmaßnahmen die Folgen des Wirtschaftseinbruchs in den Bankbilanzen kaum und die jüngsten, überraschend guten Ergebnisse der größeren Institute für das erste Halbjahr 2021 sind ermutigend. In begrenztem Ausmaß werden Nachholeffekte bei Insolvenzen nach dem Ende der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht und dem Auslaufen der staatlichen Hilfen und die damit verbundenen erhöhten Kreditausfälle jedoch voraussichtlich in diesem und nächstem Jahr noch auf die Banken zukommen.

**Damit entsteht im beginnenden Aufschwung ein Spannungsfeld zwischen der langfristigen Stabilität des Bankensektors und den weiterhin offenen Finanzierungskanälen, insbesondere für Investitionsvorhaben mit erhöhten Ertragsrisiken.** In einem Umfeld mit vorerst weiterhin niedrigen Zinsen verschärft sich absehbar der Druck auf die ohnehin strukturell niedrige Profitabilität der deutschen Banken; die Fähigkeit der Finanzinstitute zur Übernahme neuer Risiken wird gemindert. Dies ist für die nachhaltige wirtschaftliche Erholung und die langfristige Sicherung unseres Wohlstands ein kritischer Aspekt, denn Unsicherheit ist charakteristisch für zentrale Zukunftsthemen: Unsicherheit über technologische Entwicklungen betrifft Digitalisierungsprojekte, Unsicherheit über politische Weichenstellungen bremst Vorhaben für den Klimaschutz. Zudem sind Netzwerkeffekte ein Kennzeichen digitaler Technologien und darauf basierender innovativer Geschäftsideen. Deren Erfolgsaussichten sind aufgrund des „Winner takes it all“-Effekts kaum abschätzbar. Dazu kommt, dass Digitalisierungsprojekte (im Unterschied zu „klassischen“ Investitionen) selten besicherungsfähige Vermögensgegenstände beinhalten. Die Hürden für klassische Bankfinanzierungen sind in diesen Fällen meist sehr hoch.



**Um den Zugang zu Finanzierung für Zukunftsinvestitionen sicherzustellen, sind drei Maßnahmengruppen in den Blick zu nehmen.** Rasche, verlässliche und tragfähige staatliche Rahmensetzungen sind erstens auf dem Weg zur Klimaneutralität essenziell, um lähmende Unsicherheit zu reduzieren. Staat und Förderbanken können zweitens durch die Übernahme von Risiken die Banken entlasten und damit das Angebot für Investitionsfinanzierungen sicherstellen. Darüber hinaus gilt es drittens, alternative Finanzierungskanäle für nicht bankfähige, aber wachstumswirksame Projekte zu stärken. An erster Stelle ist hier die Weiterentwicklung des deutschen Markts für Venture Capital und Debt zu nennen. Hierzu leistet der neu begründete Zukunftsfonds einen wichtigen Beitrag.

## 2.2 Klimaneutralität jetzt vorantreiben

**Die Corona-Krise hat Deutschland und die Weltgemeinschaft in einer Zeit des Umbruchs getroffen.** Spätestens seit dem Übereinkommen von Paris 2015, in dem sich fast alle Staaten der Erde auf das Ziel geeinigt haben, die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C, möglichst 1,5°C zu begrenzen, steigt in den Ländern der Handlungsdruck, die Emission von Treibhausgasen (THG) zu vermeiden. Die Corona-Krise hat zunächst dazu geführt, dass Deutschland durch den deutlichen Rückgang von Wirtschaftsleistung und Verkehrsnachfrage sein THG-Minderungsziel für das Jahr 2020 erreicht hat. Dies wird jedoch nur von kurzer Dauer sein: Mit Überwindung der Pandemie und Anspringen der Wirtschaft werden die Emissionen wieder ansteigen.

**Hinzu kommt, dass die Klimaziele kürzlich noch einmal verschärft wurden.** Zum einen haben sich das Europäische Parlament und der Rat im April 2021 auf ambitioniertere Ziele geeinigt, wodurch Deutschland seine Emissionen bis 2030 nun um ca. 65 % (statt um 55 %) ggü. 1990 mindern muss. Zum anderen hat das Bundesverfassungsgericht deutlich gemacht, dass zu erbringende CO<sub>2</sub>-Minderungsleistungen im Sinne der Generationengerechtigkeit nicht einseitig zulasten jüngerer Generationen verschoben werden dürfen. Im Ergebnis wurde im Juni ein überarbeitetes Klimaschutzgesetz verabschiedet, das die verschärften EU-Vorgaben berücksichtigt und zudem bereits das Jahr 2045 (anstatt 2050) als zeitliches Ziel für Netto-Treibhausneutralität vorgibt.

**Zur Erreichung dieses Ziels werden nun noch einmal größere Anstrengungen erforderlich als bisher. Es herrscht jedoch inzwischen zumindest Klarheit, dass der Weg zur Klimaneutralität technisch machbar ist.** Die erforderlichen Technologien liegen auf dem Tisch. Sie müssen nun weiterentwickelt werden und in der Breite zur Anwendung kommen:

- **Der Industriesektor steht vor tiefgreifenden Umbrüchen**, die insbesondere in den Grundstoffindustrien wie Stahl und Chemie mit grundlegenden Umstellungen der Produktionsprozesse verbunden sind. Wichtige Technologien sind der Einsatz von grünem Wasserstoff, die Elektrifizierung auf Basis Erneuerbarer Energien, Energieeffizienz, CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Nutzung, sowie der Ausbau der Circular Economy.
- **Auch im Energiesektor, wo im Jahr 2020 immerhin fast jede zweite verbrauchte Kilowattstunde Strom aus Erneuerbaren Energien stammte, bleibt der Handlungsdruck hoch.** Um die Klimaschutzziele erreichen zu können, ist ein vorgezogener Kohleausstieg sowie – auch angesichts einer steigenden Stromnachfrage durch die zunehmende Elektrifizierung von Wärme und Verkehr – ein deutlich schnellerer Ausbau der Erzeugungskapazitäten für Erneuerbare Energien und Stromnetze erforderlich. Ergänzende Speicherlösungen erhöhen die Systemeffizienz.
- **Im Verkehr stellt die Elektromobilität einen zentralen Baustein dar**, ergänzt durch synthetische Kraftstoffe im Schwerlast-, Schiffs- und Flugverkehr. Wichtig ist auch das Thema Energieeffizienz stärker zu adressieren, denn der Endenergieverbrauch liegt heute im Verkehr (und nur dort) deutlich höher als 1990. Daher sind intelligente Konzepte zur Verlagerung und Vermeidung gefordert, etwa durch Stärkung des Umweltverbundes (ÖPNV, Fuß- und Radverkehr).
- **Im Gebäudesektor ist insbesondere eine Erhöhung der energetischen Sanierungsrate und -tiefe erforderlich** sowie eine stärkere Einbindung von Erneuerbaren Energien z. B. durch den Ausbau der erneuerbaren Nah- und Fernwärmeversorgung.

**Dieser Transformationsprozess ist mit umfangreichen Investitionen verbunden und bietet für die deutsche Wirtschaft zukünftige Wachstumschancen.** Der BDI beziffert den Mehrinvestitionsbedarf für einen 95%-Minderungspfad bis 2050 auf insgesamt 2,3 Bio. EUR. Für das Ziel der Treibhausgasneutralität bis 2045 dürfte der Wert noch einmal höher liegen. Wichtig ist: Eine solche Transformation dient nicht nur dem Klimaschutz, sondern auch der Zukunftsfähigkeit der Wirtschaft – sie sichert Chancen für künftiges Wachstum und Beschäftigung, zumal Deutschland im Bereich der Klimaschutzgüter als weltweit zweitgrößter Exporteur eine gute Ausgangslage hat.

Angesichts der wachsenden Zahl der Industrieländer, die sich zur Klimaneutralität bekennen, gibt es kaum noch Zweifel, dass das Zeitalter der fossilen Energieträger zu Ende gehen wird.

**Deutschland befindet sich – auch vor dem Hintergrund der Corona-Krise – in einer Ausgangslage, die Potenzial für eine positive Entwicklung bietet, aber zugleich Herausforderungen auf drei Ebenen bereithält:**

- **Klimafreundliche Innovationen (Entwicklung von grünen Technologien):** Im Bereich von Umwelt- und Klimatechnik ist Deutschland grundsätzlich gut aufgestellt und zählt mit einem weltweiten Marktanteil von 14 % zu den größten Akteuren. Nur China exportierte zuletzt mehr Klimaschutzgüter. Auch mit Blick auf weitere klimarelevante Zukunftstechnologien zeigt sich Potenzial, etwa im Automobilsektor. Um dieses Potenzial zu heben, gilt es sicherzustellen, dass Umsatzeinbußen aus der Corona-Krise die Innovationsaktivitäten nicht nachhaltig ausbremsen.
- **Klimafreundliches Wirtschaften (Anwendung von grünen Technologien in der Wirtschaft):** Ein Blick auf den deutschen Mittelstand zeigt ein insgesamt positives Bild, mit vor der Krise über Jahre gestiegenen Eigenkapitalquoten und Investitionssummen. Es gibt aber auch Schattenseiten: So waren die Investitionen bei bestimmten Unternehmen zuletzt sogar rückläufig, etwa im Verarbeitenden Gewerbe, wo häufig umfangreichere, klimaschonende Umstellungen anstehen werden. Zudem übt die Corona-Krise Druck auf die Unternehmen aus, die nun häufig zwischen einer Stärkung der finanziellen Resilienz und einer Stärkung der perspektivischen Wettbewerbsfähigkeit entscheiden müssen.
- **Klimafreundliche Haushalte (Akzeptanz und Nutzung grüner Technologien im Haushaltsbereich):** Die Zustimmung zur Energiewende in der Bevölkerung ist gemäß KfW-Energiewendebarmometer nach wie vor hoch, trotz Corona. Allerdings zeigt sich, dass von den Folgen der Pandemie insbesondere Haushalte mit niedrigeren Einkommen betroffen sind, unter denen die Nutzung von Energiewendetechnologien – von Solaranlagen über Holzpellettheizungen bis Elektroautos – heute am geringsten verbreitet ist und zugleich umfangreiche Bedarfe zu erwarten sind. Der Weg zu Klimaneutralität kann allerdings nur gelingen, wenn alle gesellschaftlichen Gruppen an Bord sind und die Unterstützung weiterhin hoch bleibt.

**Für ein Meistern der Investitions Herausforderungen lassen sich folgende Erfolgsfaktoren festhalten:**

**Planungssicherheit: Viele Schlüsseltechnologien zur Dekarbonisierung der Industrie weisen gegenwärtig deutliche Kostennachteile gegenüber herkömmlichen Technologien auf.** Für eine Marktdurchdringung bedarf es politischer Rahmensetzung und finanzieller Anreize: Neben einer kontinuierlichen Innovations- und Investitionsförderung ist ein verlässliches und ansteigendes CO<sub>2</sub>-Preissignal ein wesentlicher Erfolgsfaktor. Ergänzende Instrumente wie Carbon Contracts for Difference können die Unsicherheit bzgl. der CO<sub>2</sub>-Preisentwicklung abmildern.

**Internationale Wettbewerbsfähigkeit: Solange das Ambitionsniveau beim Klimaschutz international unterschiedlich hoch ist, ist ein wirksamer Carbon-Leakage-Schutz für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen essenziell.** Die EU-Kommission hat jüngst im Juli einen konkreten Vorschlag für die Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus zumindest für ausgewählte Sektoren vorgelegt. Der Entwurf ist auch als Einstiegsschritt in Richtung einer möglichst globalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung zu verstehen und zu begrüßen. Ein Weg dahin führt über die Bildung eines Klimaclubs mit wichtigen Handelspartnern, die ebenfalls beim Klimaschutz vorangehen wollen und Klimaneutralität anstreben. Der Zusammenschluss eines solchen Clubs hat höchste Priorität und muss vorangetrieben werden, solange die Mehrheitsverhältnisse in den USA eine solche Vereinbarung mit höherer Wahrscheinlichkeit zulassen. Kernelement könnte die Festlegung eines einheitlichen CO<sub>2</sub>-Mindestpreises und die Einrichtung eines Grenzausgleichsmechanismus gegenüber Drittstaaten sein. Ein solches gemeinsames Vorgehen würde die Einführung eines bürokratisch aufwendigen Grenzausgleichs im Handel zwischen den Clubmitgliedern erübrigen sowie den gemeinsamen Wirtschaftsraum vor Carbon Leakage schützen. Auch internationale Klimaschutzverhandlungen bekommen so ein höheres Gewicht.

**Gelegenheitsfenster nutzen – Lock-in-Effekte vermeiden: Politische Weichenstellungen müssen sicherstellen, dass neu anstehende Investitionen mit langer Kapitalbindung kompatibel mit dem Ziel der THG-Neutralität sind,** um „stranded investments“ zu vermeiden. Die hohen Reinvestitionsbedarfe in der Grundstoffindustrie können bspw. als Gelegenheitsfenster genutzt werden: Bis 2030 müssen mehr als die Hälfte der energieintensiven Anlagen in der Stahlerzeugung (Hochöfen) und in der chemischen Industrie (Steamcrackers) erneuert werden – hier wären gezielte Anreize sehr effektiv.

**Ausbau Erneuerbarer Energien und Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur: Künftig werden große zusätzliche Mengen an grünem Strom und klimaneutraler Wasserstoff benötigt.** Mit Blick auf das begrenzte Flächenpotenzial für den Ausbau in Deutschland und günstigere Standortbedingungen in anderen Ländern gehen die meisten Analysen davon aus, dass ein Großteil des benötigten grünen Wasserstoffs in Zukunft importiert wird. Die globalen Lieferketten müssen erst noch aufgebaut werden.

**Akzeptanz in der Bevölkerung und Kompensation regionaler Belastungen: Bereits heute gibt es allerdings lokale Bürgerproteste gegen Windparks, Stromnetze und CCS.** Die Transformation wird zudem mit unterschiedlichen regionalen Dynamiken einhergehen. In bestimmten Regionen werden verstärkt Arbeitsplätze wegfallen, in anderen verstärkt aufgebaut werden, im Automobilssektor etwa im Zusammenhang mit spezialisierten Zulieferbetrieben. Diese Effekte gilt es abzufedern, bspw. durch gezielte Unterstützung von Unternehmen, deren Geschäftsmodell in hohem Maße auf dem Einsatz fossiler Energien basiert.

### 2.3 Innovationskraft und Digitalisierung unterstützen

**Zwar hat die Corona-Krise den Handlungsdruck bei Innovation und Digitalisierung erhöht, allerdings hat sie gleichzeitig Innovationen und eine tiefgreifende Transformation zur Digitalisierung erschwert.** Die Umsetzung und Einhaltung von Hygienekonzepten, Probleme in den Lieferketten, der Wegfall traditioneller Vertriebswege und Verschiebungen bei der Nachfrage haben deutlich gemacht, wie wichtig Kreativität und Innovationskraft, aber auch digitale Kommunikation, digitales Arbeiten und digitale Vertriebswege sind. Zu Beginn der Corona-Krise war sowohl bei der Innovationstätigkeit als auch bei der Digitalisierung ein Schub zu beobachten. So sind es gerade Unternehmen, die stark – aber nicht existenziell – von der Krise betroffen sind bzw. eine lange Krisendauer erwarten, die ihre Digitalisierungsaktivitäten ausweiten. Insbesondere die Innovationsaktivitäten im Mittelstand haben sich im Zuge der Corona-Krise allerdings rückläufig entwickelt. Zudem weisen nach wie vor 33 % der Mittelständler keine Digitalisierungsaktivitäten auf. Außerdem handelt es sich häufig um kurzfristig wirksame Maßnahmen zur akuten Krisenbewältigung. Dagegen dürften langfristig angelegte, strategische Digitalisierungsprojekte eher hintenangestellt werden.

**Über die bloße Krisenbewältigung hinaus kommt gerade der Digitalisierung eine hohe Bedeutung für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu.** Als „General Purpose Technologien“ spielen Informationstechnologien (IT) nicht nur unmittelbar für die IT-Branchen selbst, sondern darüber hinaus eine wichtige Rolle in vielen anderen Technologiefeldern und Wirtschaftszweigen, wie etwa für Kraftfahrzeuge, Maschinen-/Anlagenbau oder die Chemie. Die Entwicklung von IT und deren Anwendung bildet oftmals die Basis für die Innovationstätigkeit von Unternehmen. Dieser Trend wird sich zukünftig noch verstärken.

**Die schon vor Corona bestehende Kluft zwischen großen und kleinen Mittelständlern droht sich weiter zu vertiefen.** Kleine Unternehmen weiten im Saldo ihre Zukunftsinvestitionen in Innovationen und Digitalisierung deutlich seltener aus als große Mittelständler. Gerade die – häufig zu den Verlierern zählenden – kleinen Mittelständler machen die Masse der Unternehmen in Deutschland aus. Sie stellen auch einen Großteil der Arbeitsplätze in Deutschland.

**Fehlendes Knowhow ist zentrales Hemmnis für Digitalisierung und Innovation.** Um die Digitalisierung voranzutreiben und die Innovationskraft zu verbessern, muss die Wirtschaftspolitik an den zentralen Hemmnissen ansetzen, insbesondere an den fehlenden Kompetenzen der Beschäftigten bzw. dem Mangel an Fachkräften auf dem Arbeitsmarkt. Fehlende Kompetenzen sind inzwischen das häufigste Innovationshemmnis der Unternehmen. Auch in Bezug auf die Digitalisierung ist der Engpass eklatant: Schon vor der Corona-Krise konnte rund ein Drittel der mittelständischen Unternehmen ihren Bedarf an digitalen Kompetenzen nicht decken. Während der Corona-Krise sind die Bedarfe noch weiter gestiegen.

**Es bieten sich folgende Ansatzpunkte, um Digitalisierung und Innovationen voranzubringen:**

**Da die Corona-Krise Aus- und Weiterbildung ausgebremst hat, sind hier zusätzliche Anreize nötig.** Im Jahr 2020 hat die duale Berufsausbildung einen kräftigen Dämpfer erfahren, jedes vierte auszubildende KMU hat weniger neue Auszubildende eingestellt als ursprünglich geplant. Auch die betriebliche Weiterbildungsaktivität ist regelrecht eingebrochen. Für die nach der Krise dringend notwendige Steigerung der Aus- und Weiterbildungsaktivität sind jetzt wirksame Bildungsanreize zu setzen, z. B. durch Förderkredite und direkte Kostenerstattung. Denkbar ist

auch eine steuerliche Förderung betrieblicher Bildungsausgaben, die Humankapitalinvestitionen analog zu Sachinvestitionen behandelt und Abschreibungen ermöglicht. Wichtig ist in jedem Fall, dass neue digitale Bildungsinhalte kontinuierlich in Ausbildungsordnungen und Lehrpläne integriert werden. Zudem benötigen Unternehmen Bildungsangebote, die möglichst flexibel, modular und niedrigschwellig aufgebaut sind.

**Ein weiterer Ansatzpunkt ist es, den Privatsektor in der Transformation mit verschiedenen Finanzierungsinstrumenten zu unterstützen.** Finanzierungsschwierigkeiten zählen seit vielen Jahren zu den wichtigsten Innovationshemmnissen aus Unternehmenssicht, die sich in den zurückliegenden rund 15 Jahren noch verschärft haben. Auch für Digitalisierungsvorhaben lassen sich Schwierigkeiten bei der externen Finanzierung konstatieren, daher ist wirtschaftspolitische Unterstützung sinnvoll. Bei etablierten Unternehmen kann dies mithilfe von Förderkrediten geschehen, die mit Zinsverbilligungen und Haftungsfreistellungen marktnahe und vergünstigte Finanzierungsmittel zur Verfügung stellen. Zu prüfen ist in diesem Zusammenhang auch der Einsatz eigenkapitalschonender Finanzierungsinstrumente wie Leasing und Mezzanine-Kapital. Hinsichtlich Start-ups ist ein weiterer Ausbau des Venture Capital-Markts notwendig, insbesondere in der Wachstumsphase wie mit dem Zukunftsfonds geplant. Auch gilt es das VC-Ökosystem insgesamt zu stärken. Ansatzpunkte dazu sind beispielsweise die Stärkung der Aufnahmefähigkeit des Aktienmarkts oder verbesserte Möglichkeiten zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung. Um die Durchführung expliziter Forschungs- und Entwicklungsprojekte voranzutreiben, sind die Vergabe von Zuschüssen und die steuerliche FuE-Förderung die richtigen Instrumente.

**Um die Kluft zwischen kleinen und großen Unternehmen anzugehen, braucht es eine Förderung von Innovation und Digitalisierung in der Breite des Unternehmenssektors.** Daher gilt es nicht nur jene Unternehmen zu fördern, die an der Spitze des technischen Fortschritts stehen, sondern auch die breite Masse der Unternehmen, die zur Diffusion neuer Technologien in der Wirtschaft beitragen. Neben der Stärkung der Aus- und Weiterbildung im Rahmen der dualen Berufsausbildung bzw. für dessen Absolventen, müssen Förderansätze darauf abzielen, Innovationskompetenz im Unternehmen aufzubauen. Ansatzpunkte dazu sind die Erleichterung des Zugangs zu externem Knowhow, etwa über die Etablierung regionaler Netzwerke, die Förderung von organisatorischen Innovationen und der Verbreitung von Managementpraktiken, die informelle Lernvorgänge in Unternehmen verbessern und bei Beschäftigten Anreize zur Entwicklung innovativer Ideen setzen.

**Verbesserungen bei Infrastruktur und der öffentlichen Verwaltung sind für die Beschleunigung der Digitalisierung unabdingbar.** Die Verfügbarkeit von schnellem Internet über Breitband- und Mobilfunkverbindungen stellt die zentrale Herausforderung hinsichtlich der Infrastruktur dar. Die Abdeckung mit schnellen Internetverbindungen konnte in Deutschland in den vergangenen Jahren deutlich verbessert werden. Es gilt aber weiterhin bestehende Lücken zu schließen und die Versorgung an sich weiterentwickelnde Bedarfe, etwa durch die erweiterte Nutzung seitens der Unternehmen oder verstärkte Tätigkeiten im Homeoffice, anzupassen. Darüber hinaus liegt der Investitionsrückstand in Kommunen insbesondere bei kommunaler IT sowie bei Schulen und Verwaltungsgebäuden, was ebenfalls teilweise auf fehlende IT-Ausstattung zurückzuführen sein dürfte.

**Auch Anschubprojekte, um noch im Entstehen begriffene Märkte für deutsche und europäische Unternehmen „bestreitbar“ zu machen, stellen wichtige Stützpfiler für den Ausbau der Digitalisierung dar.** Zu denken ist hierbei an Projekte wie Gaia-X. Eine europäische Komponente weist auch die häufig genannte Problematik hinsichtlich der Datensicherheit und des Datenschutzes auf. Neben der Verbesserung der diesbezüglichen Kompetenzen in den Unternehmen sind auch einheitliche Regelungen in Europa notwendig, um der Fragmentierung der Märkte entgegenzuwirken und es den Unternehmen zu erleichtern, europaweit zu agieren und so eine kritische Größe zu erreichen. Last but not least kommt auch dem Angebot an digitalen Dienstleistungen von Behörden eine wichtige Bedeutung zu. Der Ausbau der Digitalisierung der Verwaltung kommt – neben den zu erwartenden Effizienzsteigerungen – so auch der Digitalisierung der Wirtschaft zugute.

## 2.4 Internationale Vernetzung intelligent nutzen

**Die Corona-Krise hat den Außenhandel einbrechen lassen und die Kosten einer zu stark auf Effizienz ausgerichteten internationalen Arbeitsteilung hervorgehoben.** Deutschland hat in der Vergangenheit stark von der Globalisierung, also der stärkeren Verflechtung des Außenhandels, profitiert. Seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 hat sich die Globalisierung jedoch verlangsamt. Nachdem die Handelskonflikte mit dem Zentrum USA unter Präsident Trump das außenwirtschaftliche Umfeld ab dem Jahr 2017 zusätzlich verschlechtert hatten, führte die Corona-Krise im Frühjahr 2020 zu einer erheblichen Störung globaler Wertschöpfungsketten und



ließ den internationalen Handel einbrechen. So lag die Warenausfuhr in Deutschland im Mai 2020 rund 30 % unter dem Monatswert des Vorjahres. Anders als bei gewöhnlichen Rezessionen kam es infolge der Pandemie neben massiven Nachfragerückgängen auch zu spürbaren Angebotseinschränkungen. Diese haben sich über die internationalen Verflechtungen fortgesetzt und Unternehmen weltweit getroffen. In der Erholung von der Krise und im Zuge der teilweise unerwartet schnellen Belebung der Nachfrage führen die Störungen in internationalen Wertschöpfungsketten nun zu Engpässen bei Rohstoffen, Vorprodukten und Transportkapazitäten.

**Krisenerfahrungen und die Erwartung einer zukünftig weiterhin schwachen Globalisierungsdynamik führen zu einer Überprüfung bestehender Wertschöpfungsverflechtungen durch die Unternehmen.** Zwar haben sich die Industrieproduktion und der Außenhandel Deutschlands ausgehend von ihren Tiefstständen im April 2020 vergleichsweise schnell erholt. Dennoch dürften die Krisenerfahrungen viele Unternehmen dazu veranlassen, ihre Wertschöpfungsverflechtungen im In- und Ausland zu überprüfen und möglicherweise anzupassen. Mit zunehmender wirtschaftlicher Erholung rückt darüber hinaus die grundlegende Entwicklung der Auslandsmärkte wieder in den Fokus. Die Aussichten eines nur noch moderaten Wachstums des Außenhandels könnte viele exportorientierte Unternehmen und ihre Zulieferer dazu bewegen, ihre bisherigen Wachstumsstrategien zu überdenken und ihre Auslandsaktivitäten zumindest teilweise neu aufzustellen.

**Ein Rückzug aus globalen Wertschöpfungsketten kann die Widerstandskraft schwächen – und bedeutet einen Verzicht auf Kostenvorteile, wozu nur ein Teil der Unternehmen bereit ist.** Unternehmen, die sich allein auf den Inlandsmarkt konzentrieren, haben bei regionalen Schocks wie Naturkatastrophen oder geopolitischen Krisen kaum Ausweichmöglichkeiten. Zwar breiten sich ökonomische Schocks durch globale Wertschöpfungsketten über Ländergrenzen hinweg aus. Sie helfen Unternehmen und Ländern jedoch auch, sich schneller von solchen Krisen zu erholen. Außerdem ist die Bereitschaft des Mittelstands auf Kostenvorteile zu verzichten, um die eigenen Wertschöpfungsketten widerstandsfähiger zu gestalten, begrenzt. Vor allem größere Unternehmen zeigen sich hier eher zurückhaltend.

**Vor diesem Hintergrund ist damit zu rechnen, dass auch der Mittelstand weiter in internationale Wertschöpfungsketten eingebunden bleibt.** Zwar hatte jeder dritte Mittelständler unter dem Eindruck des Corona-Schocks im vergangenen Sommer die Erwartung geäußert, dass sich viele Unternehmen aus globalen Wertschöpfungsketten zurückziehen werden. Für ihr eigenes Unternehmen ist dies für viele Mittelständler jedoch keine Option. Auch wenn sich drei von zehn kleinen und mittleren Unternehmen in den kommenden fünf Jahren stärker auf Lieferanten im Inland fokussieren wollen – einen Rückzug aus globalen Wertschöpfungsketten beabsichtigen mit rund 6 % nur wenige Mittelständler.

**Die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung bleiben trotz der Corona-Krise erhalten.** Sie zu nutzen ist für den Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen – und damit auch für Wachstum und Wohlstand in Deutschland – wichtig. Dennoch ist ein Nachdenken darüber, wie globale Wertschöpfungsketten effizient und gleichzeitig krisenfest und vor allem nachhaltig gestaltet werden können, erforderlich. Dazu sind neben den ökonomischen auch die sozialen und ökologischen Folgen der internationalen Arbeitsteilung in den Blick zu nehmen. Multinationalen Konzernen kommt hier zwar eine Vorreiterrolle zu. Für mittelständische Zulieferer sind jedoch ebenfalls entsprechende Rahmenbedingungen und Anreize zu schaffen – auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene.

**Mit Blick auf globale Wertschöpfungsketten bieten sich hauptsächlich zwei Stoßrichtungen an:**

**Innovativen Exporteuren bieten sich Marktchancen durch die weltweit zunehmende Bedeutung von Klimaschutz und Digitalisierung; außerdem bieten Exportmärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern noch Wachstumspotenzial.** Für deutsche exportierende Unternehmen wird es darauf ankommen, vielversprechende Marktsegmente und Zielländer zu identifizieren und zu erschließen. Mit einem dynamischen Wachstum ist insbesondere im Bereich der Klima- und Umweltschutztechnologien zu rechnen. Angesichts der zunehmenden Digitalisierung ist darüber hinaus im In- und Ausland auch eine wachsende Nachfrage nach klassischen Industrieprodukten, die mit digitalen Leistungen verknüpft sind, zu erwarten. Vielversprechende Exportziele sieht der Mittelstand weiterhin in Europa – mit Ausnahme des Vereinigten Königreichs. Aber auch Schwellen- und Entwicklungsländer dürften – insbesondere für erfahrene Exporteure – Wachstumschancen bieten. Die Erschließung und Bearbeitung

dieser Märkte ist jedoch mit vielfältigen Herausforderungen – wie rechtlichen, administrativen, sprachlichen oder kulturellen Hürden – sowie ggf. hohen politischen und wirtschaftlichen Risiken verbunden.

**Grundlage für die internationale Wettbewerbsfähigkeit und den außenwirtschaftlichen Erfolg deutscher Unternehmen ist ein leistungsfähiger Standort Deutschland und ein verlässlicher Rahmen für weltweiten Handel.** Welche Produkte und Dienstleistungen zukünftig hier zu Lande entwickelt, produziert, exportiert oder importiert werden, wird auch davon abhängen, ob und in welchen Bereichen es Deutschland gelingt, Technologieführer zu sein. Hierbei spielen die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Arbeitnehmer, das Knowhow und die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen eine zentrale Rolle. Dafür braucht es wiederum eine aktive Forschungs- und Bildungslandschaft, die die Umsetzung von Ideen in marktfähige Produkte begünstigt. Zugleich bedarf es eines zugänglichen europäischen Binnenmarkts sowie Geschäftssicherheit für auslandsaktive Unternehmen durch internationale Vereinbarungen. Ist dies sichergestellt, wird sich der Erfolg der auslandsaktiven Unternehmen auch weiterhin in attraktive Arbeitsplätze in Deutschland übersetzen.

## 2.5 Europa stärken

**Die wirtschaftliche Stabilisierung während der akuten Phase der Corona-Krise hat von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union eine beträchtliche fiskalische Kraftanstrengung gefordert.** Die normalerweise geltenden europäischen und nationalen Haushaltsregeln wurden durch die Anwendung von Ausnahmeklauseln vorübergehend ausgesetzt. In diesem und im vergangenen Jahr resultiert im europäischen Durchschnitt ein gesamtstaatliches Budgetdefizit von rund 7 % des BIP. Dessen Finanzierung gelang bisher geräuschlos, auch aufgrund der stark expansiven Geldpolitik, die an den Finanzmärkten für das nötige Vertrauen sorgte.

**Jetzt ist es wichtig, dass die EU-Länder ihre gemeinsame Verpflichtung zu nachhaltigen Staatsfinanzen glaubwürdig erneuern, sobald die wirtschaftliche Aktivität auf ihr Vorkrisenniveau zurückgekehrt ist.** Die Kehrseite der umfassenden staatlichen finanziellen Hilfen für Unternehmen und Haushalte ist die sprunghaft gestiegene Bruttostaatsverschuldung, die sich nun auf über 90 % des Bruttoinlandsprodukts in der EU beläuft. Damit zeichnet sich eine künftige Verengung der fiskalischen Handlungsspielräume ab und eine zunehmende Verwundbarkeit für den Fall steigender Zinsen. Dies gilt insbesondere für die Mitgliedsstaaten, die bereits vor der Pandemie hohe Schuldenquoten aufwiesen. Das stellt die EZB beim Zurückfahren ihrer Unterstützungsmaßnahmen vor zusätzliche Herausforderungen.

**Die weitere Stärkung und Integration Europas erfordert vor allem Fortschritte und Maßnahmen in drei Bereichen:**

**Unmittelbar setzt das befristete Aufbauminstrument „NextGenerationEU“ bei einer effizienten Umsetzung dringend notwendige Wachstumsimpulse.** Das Programm schafft durch gemeinsame Kreditfinanzierung auf europäischer Ebene finanziellen Spielraum, um vor allem mit öffentlichen Investitionen ein nachhaltiges Herauswachsen aus der Krise zu unterstützen. Dafür steht den Mitgliedsstaaten bis längstens 2026 ein Rahmen von insgesamt 750 Mrd. EUR oder 5,4 % des EU-BIP zur Verfügung, 390 Mrd. davon als Zuschüsse. Die Schwerpunkte sind mit dem Fokus auf Klimaneutralität und Digitalisierung richtig gesetzt. Gemeinsam mit den geforderten komplementären Reformvorhaben können so der notwendige Transformationsprozess in Europa beschleunigt und Produktivität und Potenzialwachstum erhöht werden. Stark von der Krise getroffene Länder wie Spanien und Italien werden bei der Mittelverteilung bevorzugt. Das bietet ihnen die Chance, wirtschaftlich aufzuschließen und über Wachstum die Schuldenlast zu senken. Nun kommt es auf die Implementierung und die Qualität der Steuerung durch die europäischen Institutionen an. Die vorläufige Bilanz der bisher vorgelegten Aufbaupläne fällt gemischt aus. Das Ambitionsniveau bleibt zum Teil hinter den Möglichkeiten zurück. Bei der Umsetzung der Maßnahmen wird es auch von Bedeutung sein, ob ein transparentes Monitoring der Ausgaben und ihrer Effizienz gelingt.

**Ein weiterer zentraler Baustein ist die Weiterentwicklung der europäischen Kapitalmarkt- und Bankenunion.** Denn integrierte europäische Finanzmärkte könnten zum einen durch eine Auflösung enger nationaler Verbindungen zwischen Banken und Staaten die finanzielle Stabilität der Währungsunion stärken, zum anderen durch mehr Breite und Tiefe der angebotenen Finanzprodukte positiv auf das Wirtschaftswachstum zurückwirken. Auch eine Rückbesinnung auf die zentrale Erfolgsgeschichte der EU, den Binnenmarkt, dürfte lohnenswert sein. So gibt es immer noch Hürden für den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel. Neben der Verbesserung der Arbeitskräftemobilität ist vor allem eine schnelle, einheitliche Rahmensetzung für digitale Angebote und Lösungen

anzustreben, damit Europa bei diesem Zukunftsthema Schritt hält. Insbesondere für den Weg zur Klimaneutralität ist weiterhin eine enge europäische Koordinierung und Kooperation unerlässlich. Wichtige Fragen zur EU-Taxonomie und einer angemessenen CO<sub>2</sub>-Bepreisung sind dringlich weiterzuerfolgen und im nächsten Schritt auf die internationale Ebene zu heben.

**Und drittens erfordert eine auf Dauer angelegte, weitreichende fiskalische Integration der EU zunächst eine erfolgreiche Konsolidierung der Staatsfinanzen und dann eine Vertiefung des gemeinsamen Verständnisses der grundlegenden Rahmenbedingungen von Fiskalpolitik.** Eine verantwortungsvolle Fiskalpolitik der Mitgliedsstaaten ist die Grundlage einer dauerhaft erfolgreichen Geldpolitik in einer Währungsunion. Dies setzt einen institutionellen Annäherungsprozess voraus, der wirksame Haushaltsregeln beinhaltet, aber deutlich darüber hinausgeht. Transparenz, Vergleichbarkeit und die Erfassung der Effizienz staatlicher Ausgaben in den europäischen Mitgliedsstaaten sind dabei wichtige Schritte, um eine evidenzbasierte Diskussionsgrundlage herzustellen und bestehende Vorbehalte gegenüber weitergehenden europäischen Lösungen zu adressieren.

### 3. Fazit

Um eine nachhaltige Erholung zu erreichen und Deutschland zukunftsfest aufzustellen, besteht dringender Handlungsbedarf in den fünf identifizierten Handlungsfeldern Krisenfestigkeit, Klimaneutralität, Digitalisierung, Globalisierung und Europa. Dieses Papier hat Ansatzpunkte für Lösungen in den Handlungsfeldern vorgestellt und diskutiert. Die Maßnahmen ergänzen sich und müssen für die Transformation im Prinzip parallel in Angriff genommen werden, nicht zuletzt, weil es Bereiche mit Nachholbedarf gibt wie beispielsweise bei der Digitalisierung, oder es einen first-mover-advantage zu realisieren gilt, etwa bei den Zukunftstechnologien für die Klimaneutralität. Die Zusammenstellung der hier vorgestellten Ideen kann aber auch als ein Anfangspunkt interpretiert werden für eine weitere Konkretisierung der Lösungen und eine Priorisierung, falls eine solche erforderlich wird. Allerdings ist die Dringlichkeit schnellen und umfassenden Handelns so groß, dass das Ziehen aller Akteure an einem Strang sowohl bei der Rahmensetzung als auch bei der Ausführung den größten Erfolg verspricht. Gefordert sind alle Akteure auf nationaler und europäischer Ebene: Bund, Länder und Kommunen ebenso wie die EU, aber auch Unternehmen, Arbeitnehmer und Konsumenten. Das erfordert letztlich auch gute Kommunikation und Abstimmung, um Verantwortlichkeiten und Schnittstellen effizient zu managen.

## Appendix: Weitergehende Lektüre

### Zu den laufenden Auswirkungen der Krise und Identifikation der fünf Handlungsfelder siehe

- Köhler-Geib, F. et al. (2020), Die Krise als Katalysator für nachhaltigeres Wirtschaften, Positionspapier, KfW Research.
- Köhler-Geib F. et al. (2020), Wie weiter? Worauf es in der Corona-Krise jetzt ankommt, Positionspapier, KfW Research.
- Scheuermeyer, P. (2021), Vorkrisenniveau in Sichtweite, doch die Bäume wachsen nicht in den Himmel, KfW-Konjunkturkompass August 2021, KfW Research.
- Scheuermeyer, P. (2021), Gute Geschäftslage, aber auch neue Pandemiesorgen im Mittelstand, KfW-ifo-Mittelstandsbarometer Juli 2021, KfW Research.
- Müller, M. (2021), Corona-Krise und Strukturwandel gefährden Arbeitsplätze – Weiterbildung wichtiger denn je, Volkswirtschaft Kompakt Nr. 208, KfW Research.
- Müller, M. (2020), Aktuelle Auswirkungen von Corona auf den Arbeitsmarkt, Volkswirtschaft Kompakt Nr. 195, KfW Research.
- Orthey, M. (2020), Unsicherheit und Wirtschaftsaktivität in Deutschland, Fokus Volkswirtschaft Nr. 300, KfW Research.
- Müller, M. (2020): Corona-Krise und Fachkräftemangel bremsen das Wachstum, Fokus Volkswirtschaft Nr. 293, KfW Research.

### Zur Analyse des Handlungsfelds 1 – Krisenfestigkeit stärken! – siehe

- Gerstenberger, J. (2021), Licht am Ende des Tunnels – die Lage im Mittelstand entspannt sich, Fokus Volkswirtschaft Nr. 333, KfW Research.
- Gerstenberger, J. (2021), Zwar belastet die Corona-Krise den Mittelstand auch zu Jahresbeginn, allerdings bleibt die Lage trotz Lockdowns stabil, Fokus Volkswirtschaft Nr. 315, KfW Research.
- Gerstenberger, J. (2020), Corona-Pandemie trübt Erwartungen für 2020 – Mittelstand vor der Krise auf solidem Fundament, KfW-Mittelstandspanel 2020, KfW Research.
- Metzger, G. (2021), Gründungstätigkeit 2020 mit Licht und Schatten: Corona-Krise bringt Tiefpunkt im Vollerwerb, birgt für viele aber auch Chancen, KfW-Gründungsmonitor 2021, KfW Research.
- Leifels, A. (2021), Jedes vierte Ausbildungsunternehmen stellt in Corona-Krise weniger Azubis ein, Volkswirtschaft Kompakt Nr. 211, KfW Research.
- Müller, M. (2021), Fachkräftemangel nimmt trotz Lockdown zu – weitere Engpässe stehen bevor, KfW-ifo-Fachkräftebarometer Juni 2021, KfW Research.
- Schoenwald, S. (2021), Kreditvergabe mit kräftigem Rückgang – Basiseffekt überzeichnet Schwäche, KfW-Kreditmarktausblick Juni 2021, KfW Research.
- Herold, J. G. (2021), Der Mittelstand kommt wieder leichter an Kredite – Großunternehmen vor allem im Bausektor mit Problemen, KfW-ifo-Kredithürde Juli 2021, KfW Research.
- Schwartz, M. et.al. (2020), Finanzielle Resilienz oder digitale und grüne Investitionsrallye im Mittelstand? – Ein Zielkonflikt, der keiner sein darf, Fokus Volkswirtschaft Nr. 306, KfW Research.

### Zur Analyse des Handlungsfelds 2 – Klimaneutralität jetzt vorantreiben! – siehe

- Römer, D., Schwarz, M. und E. Liem (im Erscheinen), Europäischer CO<sub>2</sub>-Grenzausgleich – Handelsbarriere oder Chance für den globalen Klimaschutz? Fokus Volkswirtschaft, KfW Research.
- Brüggemann, A. (2021), Digitalisierung und Klimaschutz im Spannungsfeld: Warum eine nachhaltige Ausrichtung der Digitalisierung wichtig ist, Fokus Volkswirtschaft Nr. 341, KfW Research.
- Brüggemann, A. (2021): Klimaneutral bis 2050: eine große Transformationsaufgabe für die deutsche Industrie, Fokus Volkswirtschaft Nr. 322, KfW Research.
- Durth, R. und D. Römer (2020): Klimaneutralität: Die Energieeffizienz von Gebäuden ist weiterhin entscheidend! Volkswirtschaft Kompakt Nr. 200, KfW Research.
- Römer, D. und J. Steinbrecher (2021): Hohe Zustimmung zur Energiewende trotz Corona – Energieeffizienzwünsche treffen allerdings auf finanzielle Hindernisse, Fokus Volkswirtschaft Nr. 334, KfW Research.
- Römer, D. und J. Steinbrecher (2021): Die Elektromobilität nimmt Fahrt auf – doch wer setzt sich eigentlich ans Steuer? Fokus Volkswirtschaft Nr. 331, KfW Research.
- Römer, D. (2020): Der lange Weg zu nachhaltiger Mobilität – Rückenwind durch den Corona-Lockdown? Fokus Volkswirtschaft Nr. 290, KfW Research.



### Zur Analyse des Handlungsfelds 3 – Innovationskraft und Digitalisierung stärken! – siehe

- Zimmermann, V. (2021), Innovationen und Digitalisierung in Unternehmen bedingen sich gegenseitig, Fokus Volkswirtschaft Nr. 338, KfW Research.
- Zimmermann, V. (2021), Corona-Krise bremst Innovationen im Mittelstand, KfW-Innovationsbericht Mittelstand 2020, KfW Research.
- Zimmermann, V. (2021), Rückgang der Digitalisierungsaktivitäten vor Corona, ambivalente Entwicklung während der Krise, KfW-Digitalisierungsbericht Mittelstand 2020, KfW Research.
- Zimmermann, V. (2021), Informationstechnologien sind keine deutsche Stärke, aber von zentraler Bedeutung als Zukunftstechnologie, Fokus Volkswirtschaft Nr. 332, KfW Research.
- Zimmermann, V. (2021), Zukunftstechnologien für Deutschland: in vielen Feldern gut aufgestellt, aber auch Bedarf zur Nachjustierung, Fokus Volkswirtschaft Nr. 321, KfW Research.
- Zimmermann, V. (2021), Corona-Krise belastet Innovationen, ambivalente Entwicklung bei der Digitalisierung, Fokus Volkswirtschaft Nr. 312, KfW Research.
- Leifels, A. (2021), Weiterbildung bricht in der Krise ein – Bedarf an Digitalkompetenzen wächst, Fokus Volkswirtschaft Nr. 329, KfW Research.
- Brand, S. Raffer, C. und J. Steinbrecher (im Erscheinen), Digitalisierung der Schulen – vielfältige Herausforderungen für die Kommunen, Fokus Volkswirtschaft, KfW Research.
- Brand, S., Raffer, C., Scheller, H. und J. Steinbrecher (2021): Corona-Update Kommunal Finanzen: Die Zitterpartie dauert 2021 weiter an, Fokus Volkswirtschaft Nr. 316, KfW Research.
- Raffer, C. und H. Scheller (2021): KfW-Kommunalpanel 2021, Hrsg. KfW Research.
- Brand, S., Steinbrecher, J. und E. Krone (2020): Digitalisierung in Kommunen: Große Erwartungen treffen auf viele offene Fragen, Fokus Volkswirtschaft Nr. 298, KfW Research.

### Zur Analyse des Handlungsfelds 4 – Internationale Vernetzung weiter nutzen! – siehe

- Abel-Koch, J. und K. Ullrich (im Erscheinen), Wie geht es weiter mit dem deutschen Wachstumsmodell? Szenarien für die Globalisierung, Fokus Volkswirtschaft, KfW Research.
- Abel-Koch, J. und K. Ullrich (im Erscheinen), Geringe Globalisierungsdynamik erfordert Anpassung der Wachstumsstrategien deutscher Unternehmen, Fokus Volkswirtschaft, KfW Research.
- Köhler-Geib, F., Scheuermeyer, P. und K. Ullrich (2021), Der Außenhandel in der Corona-Krise – Die Krise als Verstärker längerfristiger Trends, Fokus Volkswirtschaft Nr. 323, KfW Research.
- Abel-Koch, J. und K. Ullrich (2020), Kurzfristiger Schock mit langfristiger Wirkung: Corona-Krise und internationale Wertschöpfungsketten, Fokus Volkswirtschaft Nr. 309, KfW Research.
- Abel-Koch, J. (2021), Corona-Krise lässt das Auslandsgeschäft des Mittelstands einbrechen, KfW-Internationalisierungsbericht 2021, KfW Research.

### Zur Analyse des Handlungsfelds 5 – Europa stärken! – siehe

- Scheuermeyer, P. (2021) Schuldentragfähigkeit nach Corona – Auf die Zinsen und das Wachstum kommt es an, Fokus Volkswirtschaft Nr. 327, KfW Research.
- Herold, J. G. (2021), Drohen höhere Zinsen und Inflation? Ein langfristiger Blickwinkel über die Pandemie hinaus, Fokus Volkswirtschaft Nr. 336, KfW Research.

## Überblick Maßnahmen

Handlungsfelder	Themenbereiche	Ansatzpunkte
<b>Krisenfestigkeit stärken:</b> Unternehmen	Förderung von Investitionen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Finanzierungskosten senken durch Haftungsfreistellungen und Verbilligungen bei Förderkrediten</li> <li>• Förderung spezieller Unternehmenssegmente durch alternative Finanzierungsinstrumente (z. B. Leasing, Mezzanine-Kapital, Beteiligungsmodelle)</li> </ul>
	Förderung von Gründungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Verbesserte Kommunikation der Unterstützungsangebote für Gründungen</li> <li>• Berücksichtigung von Sologründungen bei Förderangeboten</li> <li>• Verringerung gründungshemmender Bürokratie</li> </ul>
	Förderung qualifizierter Fachkräfte	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Steigerung der Erwerbsbeteiligung durch Ausbau der Kinderbetreuung, stärkere Arbeitsanreize im Vorruhestandsalter bzw. Erhöhung des Renteneintrittsalters</li> <li>• Ausbau der qualifizierten Zuwanderung, insbesondere von außerhalb der EU (Sprachförderung, Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen)</li> <li>• Ausbau der beruflichen Weiterbildung</li> </ul>
<b>Krisenfestigkeit stärken:</b> Staat/ Banken	Handlungsfähigkeit des Staates sichern und Transformation ermöglichen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nachhaltige Staatsfinanzen sichern (Abbaupfad für Staatsverschuldung vorbereiten und umsetzen)</li> <li>• Instrumente für transformative Investitionsunterstützung in Klimaschutz und Digitalisierung entwickeln</li> <li>• Ausgaben effizient gestalten</li> <li>• Klarere Arbeitsteilung und Zuordnung von Verantwortlichkeiten zwischen den staatlichen Ebenen angehen</li> <li>• Auf dem Weg zur Klimaneutralität klare Rahmen setzen</li> <li>• Übernahme von Risiken durch Staat und Förderbanken</li> <li>• Alternative Finanzierungskanäle ausbauen (Venture Capital und Debt (Zukunftsfonds))</li> </ul>

<b>Klimaneutralität</b>	Dekarbonisierung der Industrie	<ul style="list-style-type: none"> <li>• CO<sub>2</sub>-Bepreisung weiter entwickeln und mit Instrumenten der Investitions- und Innovationsförderung kombinieren</li> <li>• Carbon Contracts for Difference zur Verringerung der Unsicherheit bzgl. der CO<sub>2</sub>-Preisentwicklung</li> </ul>
	Carbon-Leakage-Schutz für energieintensive und im internationalen Wettbewerb stehende Unternehmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Einführung eines CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus für ausgewählte Sektoren (EU-Kommission in Prüfung)</li> <li>• Bildung eines Klimaclubs mit wichtigen EU-Handelspartnern, einheitlichem CO<sub>2</sub>-Mindestpreis und Grenzausgleichsmechanismus gegenüber Drittstaaten</li> </ul>
	Gelegenheitsfenster nutzen und Lock-in-Effekte vermeiden	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Erneuerung alter energieintensiver Anlagen mit dem Ziel der THG-Neutralität</li> <li>• Transformation der Industrie unterstützen (Energieeffizienz forcieren, innovative CO<sub>2</sub>-Minderungstechnologien sowie Übergang zu einer klimafreundlichen Circular Economy einleiten)</li> <li>• Energetische Sanierungsrate und -tiefe im Gebäudesektor steigern sowie Erneuerbare Energien stärker einbinden</li> <li>• Elektromobilität vorantreiben und Verkehrsvermeidung und -verlagerung auf effizientere bzw. klimafreundlichere Verkehrsmittel</li> </ul>
	Ausbau Erneuerbarer Energien und Aufbau einer Wasserstoffinfrastruktur	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau Erneuerbare Energien und Stromnetzausbau beschleunigen sowie Kohleausstieg an verschärfte Klimaschutzziele anpassen</li> <li>• Vorantreiben des Markthochlaufs von grünem Wasserstoff inkl. Transportinfrastruktur (Aufbau globaler Lieferketten für den Import grünen Wasserstoffs aus Ländern mit günstigeren Standortbedingungen)</li> </ul>
	Akzeptanz in der Bevölkerung und Kompensation regionaler Belastungen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Soziale Abfederung durch gezielte Unterstützung von Betrieben, deren Geschäftsmodell in hohem Maße auf dem Einsatz fossilen Energien basiert</li> </ul>

<b>Innovation und Digitalisierung</b>	Anreize für Aus- und Weiterbildung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Steigerung der Aus- und Weiterbildungsaktivität, z. B. durch Förderkredite, direkte Kostenerstattung und evtl. steuerlicher Förderung</li> <li>• Neue digitale Bildungsinhalte kontinuierlich in Ausbildungsordnungen und Lehrpläne integrieren</li> <li>• Bildungsangebote flexibel, modular und niedrighschwellig gestalten</li> </ul>
	Finanzierungsinstrumente für digitale Transformation in Unternehmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderkredite mit Zinsverbilligungen und Haftungsfreistellungen anbieten</li> <li>• Prüfen von „eigenkapitalschonenden“ Finanzierungsinstrumenten wie Leasing und Mezzanine-Kapital</li> <li>• Ausbau des Venture Capital-Markts für Start-ups, insbesondere in der Wachstumsphase (Zukunftsfonds)</li> <li>• Stärkung des VC-Ökosystems (Stärkung der Aufnahmefähigkeit des Aktienmarktes oder verbesserte Möglichkeiten zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung)</li> <li>• Vergabe von Zuschüssen und steuerliche FuE-Förderung für explizite FuE-Projekte</li> </ul>
	Förderung von Innovation und Digitalisierung in der Breite des Unternehmenssektors	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung der Aus- und Weiterbildung im Rahmen der dualen Berufsausbildung</li> <li>• Förderansätze für Aufbau von Innovationskompetenz im Unternehmen (Zugang zu externem Knowhow über regionale Netzwerke, Förderung von organisatorischen Innovationen und Verbreitung von Managementpraktiken)</li> </ul>
	Verbesserungen bei Infrastruktur und der öffentlichen Verwaltung	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Schließen von regionalen Lücken bei Breitband und Mobilfunk</li> <li>• Schließen des Investitionsrückstands bei kommunaler IT und IT-Ausstattung von Schulen und Verwaltungsgebäuden</li> </ul>
	Impulse für deutsche und europäische Unternehmen, um neue Märkte „bestreitbar“ zu machen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung von Projekten wie Gaia-X</li> <li>• Verbesserung von Kompetenzen hinsichtlich Datensicherheit und Datenschutz</li> <li>• Datensicherheit und Datenschutz europaweit regeln</li> <li>• Ausbau der Digitalisierung der Verwaltung</li> </ul>



<b>Internationale Wertschöpfungsketten</b>	Exportchancen im Bereich Klimaschutz und Digitalisierung sowie auf Märkten in Schwellen- und Entwicklungsländern	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung der Identifizierung und Erschließung von Marktsegmenten und Zielländer</li> <li>• Unterstützung bei Überwindung rechtlicher, administrativer, sprachlicher oder kultureller Hürden sowie ggf. politischen und wirtschaftlichen Risiken in Entwicklungs- und Schwellenländer</li> </ul>
	Standort Deutschland stärken und verlässlichen Rahmen für weltweiten Handel vorantreiben	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Ausbau einer aktiven Forschungs- und Bildungslandschaft in Deutschland</li> <li>• Vorantreiben der Zugänglichkeit des europäischen Binnenmarktes sowie Absicherung der Geschäftstätigkeit auslandsaktiver Unternehmen durch internationale Vereinbarungen</li> </ul>
<b>Europa stärken</b>	NextGenerationEU effizient umsetzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Implementierung und Steuerung durch die europäischen Institutionen von NextGenEU</li> <li>• Ambitionsniveau ausbauen</li> </ul>
	Weiterentwicklung der europäischen Kapitalmarkt- und Bankenunion	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Förderung der Integration der europäischen Finanzmärkte (finanzielle Stärkung der Währungsunion und mehr Breite und Tiefe der angebotenen Finanzprodukte)</li> <li>• Abbau der Hürden für den grenzüberschreitenden Dienstleistungshandel</li> <li>• Verbesserung der Arbeitskräftemobilität</li> <li>• Schnelle, einheitliche Rahmensetzung für digitale Angebote und Lösungen</li> <li>• Enge europäische Koordinierung und Kooperation für den Weg zur Klimaneutralität (Klärung wichtiger Fragen zur EU-Taxonomie und angemessene CO<sub>2</sub>-Bepreisung)</li> </ul>
	Konsolidierung der Staatsfinanzen und gemeinsames Verständnis der grundlegenden Rahmenbedingungen von Fiskalpolitik	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Unterstützung von Konsolidierungsanstrengungen der Mitgliedsstaaten</li> <li>• Vorantreiben eines institutionellen Annäherungsprozesses, der wirksame Haushaltsregeln beinhaltet</li> <li>• Förderung von Transparenz, Vergleichbarkeit und Erfassung der Effizienz staatlicher Ausgaben in den europäischen Mitgliedsstaaten</li> </ul>